

In Kyritz wird der Opfer von Bodenreform und Zwangskollektivierung gedacht

## Schweigeminute für jahrelanges Leid

Am 2. September 1945 hielt der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck in Kyritz eine Rede, die den Auftakt bildete zu der "Jagd auf Gutsbesitzer, Großbauern und auf vermeintliche Klassenfeinde, zu deren Verfolgung, Vertreibung und brutaler Enteignung". Am 31. August wollen die Nachfahren der Opfer in der Stadt an die Geschichte erinnern.

Quelle: Matthias Anke



**Kyritz/Uenze/Groß Pankow.** Karl-Friedrich Sauer ist angekommen. Endlich kann sich dieser nicht mehr jüngste, aber noch immer kernige Typ um das kümmern, worum es ihm vom Anbeginn seines Lebenslaufs ging: Landwirtschaft. Regelmäßig baut der 72-Jährige an seinem alten Bauernhof. "Dort nahm 1960 alles sein vorläufiges Ende", sagt Sauer beim Blättern im dicken Fotoalbum. Es zeigt seine aktuellen Arbeiten an diesem Gehöft in Platschow bei Berge weit im Norden der Prignitz, wo 1960 ein Staatsanwalt aufkreuzte, die Bauern zusammentrommelte und eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft anordnete, kurz LPG.

### "Wer nicht will, kommt gleich mit"

Einer wagte sich, die Aktion zu hinterfragen. "Wer nicht will, kommt gleich mit", soll die Antwort gewesen sein. "Mitkommen hätte alles heißen können", sagt Sauer, der Bauer werden wollte, das Gehöft seines Onkels Walter Lange in Platschow noch zu DDR-Zeiten erbt, sich angesichts der Entwicklung aber anders entschied. Er wollte in keiner LPG arbeiten. So wurde Sauer irgendwann Elektriker und nach der Wende schließlich Elektromeister.

Nun will der Mann mit anderen, die mit der Entwicklung von damals nicht einverstanden waren und sie bis heute nicht aufgearbeitet sehen, diesen Sonntag, 31. August, an einem Denkmal in Kyritz stehen, um an die Geschichte zu erinnern. Um 11 Uhr treffen sie sich zum nunmehr zehnten Mal schon an diesem "Bodenreformdenkmal" an der Perleberger Straße. Ein Name, der seitens des Initiators dieses Treffens bewusst in Anführung steht.

Es ist die Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE) als Zusammenschluss der Opfer und Geschädigten kommunistischer Verfolgung und Enteignung. Darin sind 18 Verbände mit insgesamt rund 5000 Betroffenen vereint.

### **Jagd auf Gutsbesitzer, Großbauern und Klassenfeinde**

Am 2. September 1945 hielt der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck in Kyritz eine Rede, die den Auftakt bildete zu der laut ARE "Jagd auf Gutsbesitzer, Großbauern und auf vermeintliche Klassenfeinde, zu deren Verfolgung, Vertreibung und brutaler Enteignung". Zu DDR-Zeiten wurde dieser Reform das Denkmal gesetzt. Vertreter der Partei Die Linke werden dort den Jahrestag am 2. September aus ihrer Sichtweise begehen.

Karl-Friedrich Sauer macht das wütend. Zu vieles sei bis heute ungeklärt. "Was ist mit den Inventarbeiträgen?", fragt Sauer. Bauern unter 100 Hektar, die nicht enteignet, sondern im Anschluss gezwungen wurden, in eine LPG einzutreten, brachten nicht nur Land, sondern Inventar mit. Bei der Berechnung dessen, was übrig blieb und als Wert den Bauern nach der Wende hätte zuerkannt werden müssen, "ging das meiste nicht mit rechten Dingen zu", sagt Sauer. In so mancher Agrargenossenschaft sieht er die alte LPG fortbestehen. Manfred Graf von Schwerin als Vorsitzender der ARE formuliert es so: "Die Zwangskollektivierung besiegelte das Schicksal der in der ersten Etappe von 1945 bis 1949 verschont gebliebenen Kleinbesitzer, Bauern und Landwirte mit unter 100 Hektar wie Sauers Onkel. Vielfach waren auch Neusiedler vom Verlust ihres Ackers betroffen, die von 1945 bis 1952 mühsam eine neue Existenz auf dem Land aufgebaut hatten, dass zuvor Landadel und Großgrundbesitzern weggenommen wurde. Und selbst die Erben dieser Neusiedler warten bis heute auf eine Entschädigung."

### **Familienmitglieder kamen in dramatische Bedrängnis**

Auch ein Nachfahre jener, denen der Besitz genommen wurde, um ihn unter Siedlern aufzuteilen, will am Sonntag bei der Schweigeminute in Kyritz dabei sein: Bernhard von Barsewisch, 79 Jahre alt und Sprecher der Familie der Gans Edlen Herren zu Putlitz. Seine Familienmitglieder kamen schon bei der Ankunft der Sowjets in dramatische Bedrängnis. Onkel Waldemar zu Putlitz etwa, der zum Kriegsende in Groß Pankow geblieben war und von den Russen wohl ermordet wurde. Erbe Gisbert zu Putlitz, damals schon nicht mehr im Ort, sondern bald im Westen und dort später Physikprofessor in Heidelberg und auch Rektor der dortigen Uni sowie der Hochschule für Jüdische Studien, wurde in Abwesenheit enteignet. Ebenso geschah es mit den Familien derer zu Putlitz auf den Gütern Laaske, Wolfshagen, Retzin, Groß Langerwisch und Putlitz-Philliphof sowie Burghof. Letzteres hatten bereits die Nationalsozialisten Gebhard zu Putlitz aus politischen Gründen weggenommen.



Auch Bernhard von Barsewisch würde beim Zeitzeugenprojekt an Schulen mitmachen.

Quelle: Matthias Anke

Auch Gebhard zu Pulitz blieb, und als erwiesener Antifaschist bewarb er sich dann mit der Bodenreform um einige der zur Verteilung stehenden Flächen. Was nichts nützte: Ein Baron mit Land sollte nicht mehr sein. Man brachte ihn nach Bautzen, wo ihm Goldfüllungen mit einem Schraubenzieher herausgezogen worden sein sollen. "Als er erfuhr, dass seine Anklage in Moskau verhandelt wird, was die Todesstrafe bedeutete, sprang er im Treppenhaus lieber gleich selbst in den Tod", berichtet von Barsewisch: "Erst nach der Wende erfuhren wir, dass er wegen schlechter Behandlung russischer Zwangsarbeiter angeklagt war. Bei ihm arbeiteten aber gar keine Russen."

### **Zeitzeugenprogramm wird gestartet**

Berichte wie die von Barsewisch und Sauer werden seltener und damit wichtiger. Sauer, der in Uenze bei Perleberg lebt, wo er jahrelang Bürgermeister war und auch von dort die Geschichten rund um Bodenreform und Zwangskollektivierung kennt, will mithelfen, auch Jüngeren diese Geschichte zu vermitteln. Ab diesem Schuljahr stehen er und Barsewisch deshalb zusammen mit weiteren für ein Zeitzeugenprogramm der ARE bereit - im Unterricht an Brandenburger Schulen von Pritzwalk und Neustadt über Neuruppin bis Fürstenwalde. Laut Ulrike Poppe, einst DDR-Bürgerrechtlerin und heute Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, geht es darum, "das, was damals geschah, nachvollziehbar zu machen". Im Kontrast vom Leben damals zu heute könnten "die Schüler ein Gefühl davon erhalten, welches Unrecht geschehen ist, wie ein Leben in Unfreiheit aussieht, und erkennen, was es bedeutet, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufzugeben", sagte Poppe jüngst bei der Auftaktveranstaltung zu diesem Projekt.

Von Matthias Anke